Mit einem **STARKEM Lieferkettengesetz**
wäre das so nicht passiert

Die Hamburger Neumann Kaffee Gruppe
& die Vertreibung in Uganda

GOLIATH WATCH

Für Demokratie statt Macht der Konzerne.

Eine Kurzstudie von Goliathwatch für die Hamburger Initiative Lieferkettengesetz

Inhalt

2 INHALT

3 KURZE **ZUSAMMENFASSUNG**

4 **1. WURDEN** IM ZUSAMMENHANG MIT DER ERRICHTUNG DER KAFFEEPLANTAGE DER NEUMANN KAFFEE GRUPPE IN UGANDA **MENSCHENRECHTE VERLETZT?**

5 DAS **GERICHTSVERFAHREN**

5 MENSCHENRECHTLICHE **BEWERTUNG**

6 INFO-KASTEN: FREIWILLIGE UNTERNEHMENSVERANTWORTUNG ODER GESETZLICHE VERPFLICHTUNG? DIE **AKTUELLE DEBATTE UM EIN LIEFERKETTENGESETZ** IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

6 INFO-KASTEN: **KONTROLLE GLOBALER LIEFERKETTEN** – DER KONZERN NEUMANN

7 **2. DIE KERNELEMENTE DES GEFORDERTEN LIEFERKETTENGESETZES** UND DER FALL NEUMANN IN UGANDA – WAS HÄTTE ANDERS LAUFEN MÜSSEN?

9 MASSNAHMEN ZUR **RISIKOMINIMIERUNG**

9 **TRANSPARENZ** UND **KONTROLLE**

9 **BESCHWERDEMECHANISMEN** MIT SORGFALT

10 **HAFTUNG** UND **KLAGEMECHANISMUS**

11 **3.** EIN ZWISCHENFAZIT: NEUMANN IST KEIN EINZELFALL UND EIN **STARKES LIEFERKETTENGESETZ IST NOTWENDIG**

12 **4. WIE** DAS EUROPÄISCHE **LIEFERKETTENGESETZ** DIE **MENSCHENRECHTSLAGE VERBESSERN?**

14 LITERATURVERZEICHNIS & IMPRESSUM

15 SPENDENFORMULAR

Kurze **Zusammenfassung**

VERTREIBUNG FÜR DEN KAFFEEANBAU:
Es ist ein Fall, der auch in Deutschland für Aufsehen gesorgt hat.
Vielen Zeugen zufolge wurden etwa **4.000 Menschen**[1] im Jahr 2001 im Bezirk Mubende **in Uganda vertrieben**[2], ihre Häuser und Felder zerstört, Tiere getötet und Nahrungsmittelvorräte geplündert oder verbrannt.
Der Grund[3]**:** die **ugandische Regierung** hatte mit einem Tochterunternehmen der **Hamburger Neumann Kaffee Gruppe** – eines der führenden Kaffee-Handelsunternehmen der Welt – einen Pachtvertrag abgeschlossen und ihm damit die Nutzung von ca. 2.500 Hektar Land[4] (5 x 5 km, ca. 6 x die Theresienwiese in München) für den Kaffeeanbau zugesichert.
Bis heute wurden die Vertriebenen nicht entschädigt.
Nach der Klage der Vertriebenen wurde das Gerichtsverfahren über viele Jahre hinweg verschleppt. Obwohl die Vertriebenen in erster Instanz gewonnen hatten, ist der Rechtsstreit nach über 19 Jahren nicht geklärt –**Neumann hat die Entschädigungszahlungen verweigert** und Berufung eingelegt.
Dieser Fall in Uganda und das Geschäftsverhalten des Hamburger Kaffeegiganten verdeutlicht:
WIR BRAUCHEN EIN LIEFERKETTENGESETZ, dass Unternehmen zur Einhaltung von Sorgfaltspflichten im Hinblick auf Menschenrechte in ihren globalen Lieferketten verpflichtet.

Es spricht viel dafür, dass ein Lieferkettengesetz im Jahre 2001 die Vertreibung auf dem heutigen Gelände der Kaffeeplantage der der Neumann Kaffee Gruppe verhindert hätte.
Zumindest hätte es bessere Chancen für die Betroffenen gegeben, durch ein Gerichtsverfahren in Deutschland frühzeitig eine angemessene Entschädigung zu erhalten.

Rechtsrahmen	Regellosigkeit	Starkes Lieferkettengesetz
Sorgfalt im Unternehmen	freiwillig und mangelhaft	verbindlich geregelt und effektiv
Risikoanalyse	freiwillig	verbindlich
Maßnahmenplan	freiwillig	verbindlich
Beschwerdestelle	ungenügend, OECD/BMWi	NKG und Ablaufplan
Kontrolle	nein	ja
Ordnungsgeld	nein	ja
Rechtsweg	ungenügend	effektiv und gut
Haftung	ungenügend	zivilrechtliche Haftung
Dauer der Klage	13 Jahre plus x	3-4 Jahre
Rechtssystem	Uganda	Deutschland und Uganda
Beweislast	bei Opfern	bei Verursacher
Allgemein	Gewinne ohne Gewissen	Rechtlicher Rahmen für Natur und Menschenrechte
Menschenrechte im Markt	Nachteil im Wettbewerb	Vorteil im Wettbewerb
Schutz der Menschenrechte	NEIN	JA

Wir zeigen auf, was die Neumann Kaffee Gruppe laut unserer Forderungen für ein starkes Lieferkettengesetz hätte tun müssen, um den menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten in Uganda gerecht zu werden.
Wir zeigen auch die Unterschiede zwischen dem schwachen bundesdeutschen Lieferketten- und Sorgfaltspflichtengesetz von 2021, dem besseren Gesetzentwurf der Europäischen Union und den Forderungen des bundesweiten Bündnisses Lieferkettengesetz.
Insbesondere am Fall Uganda-Neumann zeigt sich, dass zivilrechtliche Haftung und Erleichterungen im Klageweg zentral sind, damit Opfer zeitnah und unkompliziert Entschädigung bekommen.
Mit einem starken Lieferkettengesetz wäre dieser Fall so nicht passiert.

ABBILDUNG Damals ohne und in der möglichen Zukunft mit starkem LKG

QUELLE: eigene Darstellung

[1] CorA/Forum Umwelt und Menschenrechte/FIAN (2014): Neumann Kaffee Gruppe, S. 3; FIAN (2019): Human Rights violations in the context of Kaweri Coffee Plantation/Neumann Kaffee Gruppe in Mubende/Uganda, S. 6.
[2] FIAN (2019): Human Rights violations in the context of Kaweri Coffee Plantation/Neumann Kaffee Gruppe in Mubende/Uganda, S. 6. https://www.fian.org/files/files/HR_violations_in_the_context_of_Kaweri_Coffee_Plantation_in_Mubende.pdf (abgerufen am 31.01.2022)
[3] FIAN (2019), siehe oben.
[4] FIAN (2019), siehe oben.

01 **Wurden** im Zusammenhang mit der Errichtung der Kaffeeplantage der Neumann Kaffee Gruppe in Uganda **Menschenrechte verletzt?**

Im August 2001 verpachtete die Regierung Ugandas ein 2.500 Hektar Land an Kaweri, eine 100%ige Tochterfirma der Neumann Kaffee Gruppe.
Soweit die Fakten, über die sich alle einig sind.[5]

DIE DAMALIGE SITUATION AUS SICHT VON NEUMANN:

Laut Neumann wurde das Land im Vorfeld begutachtet und es wird bestätigt, dass das Land besiedelt war.[6]
Hans Fässler, heutiger Mitarbeiter der Neumann-Tochterfirma NKG-Tropical Farms gibt an, dass er es für möglich halte, dass damals nicht alles korrekt abgelaufen sei und dass möglicherweise auch die Armee **Druck auf die Bewohner*innen** ausgeübt habe: **„Es muss sehr harsch zugegangen sein".**[7]
Neumann gibt in einer schriftlichen Darstellung an, dass ein Teil der Bewohner*innen eine Kompensation verweigert habe und **zu einem Umzug gezwungen wurde** – dies sei vor Unterzeichnung des Pachtvertrags und ohne Kenntnis der Neumann Kaffee Gruppe geschehen.
Ein Teil der Bewohner*innen sei Neumann zufolge entschädigt worden – es wird verwiesen auf vertraglich bestätigte Kompensationen durch einen Teil der ursprünglichen Bewohner*innen.[8]
2041 Personen der Betroffenen hatten damals geklagt.[9]

DIE DAMALIGE SITUATION AUS SICHT DER BETROFFENEN:

Ein Teil der ursprünglichen Bewohner*innen haben tatsächlich unterschrieben, dass sie entschädigt worden seien.
Es gab Texte wie „I agree to vacate the land and shift to XXX where I will be allocated land equivalent to what I have developed on the former land".
Allerdings seien sie im Vorfeld getäuscht und massiv unter Druck gesetzt worden. Ihnen sei gleichwertiges Land, neue Häuser oder Wasserstellen versprochen worden – diese Versprechen wurden jedoch nicht gehalten.
Bewohner*innen wurden gedrängt, Erklärungen zu unterzeichnen, die sie aus Mangel an Lese- und Englischkenntnissen kaum verstehen hätten können.[10]
Die Unterschriften seien zudem mit Waffengewalt erpresst worden, indem ein Assistent des Regierungspräsidenten die Bevölkerung in Begleitung bewaffneter Soldaten aufgesucht habe.[11]
Die ugandische Regierung vertrieb die Bauern und Bäuerinnen, die auf die mangelhaften Angebote der Regierung nicht eingingen, mit Hilfe von Soldaten.
Ihre Häuser wurden zerstört und ihre Tiere gestohlen.
Die Menschen verloren durch die Vertreibung ihre Lebensgrundlage und wurden obdachlos.
An den Folgen der gewaltsamen Vertreibung und der radikalen Verarmung der Vertriebenen verloren, laut Berichten einiger Vertriebener, **zahlreiche Menschen ihr Leben**.
Bis heute kämpfen Hinterbliebene und Opfer dafür, dass sie eine angemessene Entschädigung bekommen, damit sie wieder ein normales Leben führen können.
Aus Sicht der Betroffenen **trägt Neumann** eine **Mitverantwortung** – der Konzern habe gewusst, dass die Menschen ihr Land unfreiwillig verlassen mussten.
Und auch im Hinblick auf die Errichtung und des Betriebs der Kaffeeplantage gibt es massive Vorwürfe an die Neumann Kaffeegruppe.
So sei zum Beispiel die **örtliche Schule zum Plantagenbüro umfunktioniert** worden. **Ein Jahr lang konnte kein Schulunterricht stattfinden**, bis ActionAid ein neues Schulgebäude errichtet hat.[12]
Auch die Bezahlung der Tagelöhner, die auf der Kaweri-Plantage arbeiten, steht in der Kritik. Mit etwa **1 Euro pro Tag** verdienen sie so wenig, dass sie sich **nur eine Mahlzeit am Tag** leisten können und **unter menschenunwürdigen Bedingungen untergebracht** sind.

---

[5] FIAN (2019).
[6] FIAN (2013): Coffee to Go — Die Vertreibung zugunsten der Kaweri Coffee Plantation in Mubende/Uganda und ihre Folgen, S. 7 https://www.FIAN.de/wp-content/uploads/2021/06/2013_Mubende-Dossier_druck_final-1.pdf (abgerufen am 31.01.2022).
[7] Michael Enger: Bitterer Kaffee: Uganda – Bauern kämpfen um ihr Land (Dokumentarfilm).
[8] Ausführliche Darstellung aus Sicht von Neumann: https://www.nkg.de/readingroom/#uganda.
[9] FIAN (2019), S. 6.
[10] FIAN (2013): S. 8f.
[11] FIAN (2013): S. 8f.
[12] FIAN (2019), siehe oben

BILD: Das zerstörte Dorf nach der gewaltsamen Vertreibung. QUELLE: FIAN

DAS GERICHTSVERFAHREN

Im Jahr 2002 reichten die Vertriebenen in Uganda Klage ein. Nach langen Verzögerungen des Gerichtsprozesses wurde im Jahr **2013 ein Urteil in erster Instanz** gesprochen.
Das **Gericht weist Neumann eine Mitschuld zu** und spricht den Betroffenen eine E**ntschädigungszahlung** in Höhe von umgerechnet ca. **11 Millionen Euro** zu.
Die Neumann-Tochterfirma Kaweri legte **Berufung** gegen dieses Urteil ein.
Nachdem das Berufungsgericht im Jahr **2015** entschied, dass der **Fall erneut verhandelt** werden muss, kam es zu wiederholten **Verzögerungen** im Gerichtsprozess und im Jahr **2019** zu der gerichtlichen Anordnung eines **Mediationsverfahrens**.
Während die Neumann-Tochter Kaweri kein Entschädigungsangebot machte, bot die ugandische Staatsanwaltschaft umgerechnet ca. 550.000 Euro Entschädigung an.
Die Betroffenen weisen diese Summe als zu niedrig zurück und fordern etwa 1 Million Euro, woraufhin die Staatsanwaltschaft das Entschädigungsangebot nochmal erhöhte.
FIAN liegt zur Drucklegung ein Scan der unterzeichneten Einigung vor. Die ugandische Staatsanwaltschaft will den 258 Kläger:innen, die das Angebot angenommen haben, 2.581.608.600 UGX (rudn 2,6 Mrd. Shilling) zahlen, was kanpp 650.000 Euro entspricht.
Die Neumann-Tochter Kaweri bleibt bis heute dabei, keine Entschädigungszahlung anzubieten.

MENSCHENRECHTLICHE BEWERTUNG

Verschiedene Menschenrechte, u.a. das Menschenrecht auf Eigentum, das Menschenrecht auf Nahrung und das Menschenrecht auf Leben wurden nach unserer Auffassung durch die Folgen der Vertreibung verletzt.
Gertrud Falk von der **Menschenrechtsorganisation FIAN** hat dies mehrfach dokumentiert. Sie begleitet die Vertriebenen in ihrem Rechtsstreit.
Auch der **UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte** (UN-Sozialausschuss) hat die Vertreibung der lokalen Bevölkerung für die Kaffeeplantage von Neumann kritisiert und bewertet sie als schwere Menschenrechtsverletzung.[13]
Der UN-Sozialausschuss fordert die Regierung auf, die Rechte der Betroffenen wiederherzustellen.

[13] United Nations Economic an social Council (Juli 2015): Concluding Obversations on Uganda (E/C.12/UGA/CO/1), Absatz 30 https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/treatybodyexternal/SessionDetails1.aspx?SessionID=967&Lang=en (abgerufen am 23.02.2022)

INFO-KASTEN: Freiwillige Unternehmensverantwortung oder gesetzliche Verpflichtung? Die aktuelle Debatte um ein Lieferkettengesetz in Deutschland und Europa

Die CDU/CSU und SPD Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag aus dem Frühjahr 2018 klar dargelegt, dass beim Scheitern freiwilliger Umsetzung von Menschenrechten bei Unternehmen ein Gesetz auf den Weg gebracht wird.
Ein einzigartiges & breites zivilgesellschaftliches Bündnis aus Kirchen, Umweltverbänden, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und vielen weiteren zivilgesellschaftlichen Gruppen fordert daher ein starkes Lieferkettengesetz.
Die Kampagne „Lieferkettengesetz" macht seit September 2019 mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen und wissenschaftlicher Aufklärung Schlagzeilen.

Auch der CSU Entwicklungsminister Gerd Müller und der SPD Arbeitsminister Hubertus Heil fordern ebenfalls ein Lieferkettengesetz, wie zahlreiche Dokumente aus den Ministerien und öffentliche Auftritte zeigen.
Auch viele Unternehmen und Industrieverbände fordern ein Gesetz und auch der Koalitionsvertrag und die Bundeskanzlerin bekennen sich dazu.
Leider blockiert seit April 2020 Wirtschaftsminister Peter Altmaier den wirksamen Schutz von Menschenrechten und Umweltschutz in globalen Lieferketten.
Ein bundesdeutsches Lieferkettengesetz ist ein wichtiger Schritt zur **Schaffung eines einheitlichen Rechtsrahmens**.

Einige EU-Länder (z.B. Frankreich, Großbritannien und die Niederlande) haben schon ein Gesetz und weitere arbeiten daran.
Die EU-Kommission hat ein Gesetzentwurf für 2021 angekündigt. Die globalen Verhandlungen innerhalb der Vereinten Nationen für ein internationales Rahmenabkommen machen gute Fortschritte.

INFO-KASTEN: Kontrolle globaler Lieferketten – der Konzern Neumann

„Jede siebte Tasse kommt aus Hamburg."
Neumann-Kaffee-Gruppe

„Neumann Kaffee Gruppe ist der weltweit führende Rohkaffee-Dienstleister."
NKG 2020 Homepage Startseite

Das Hamburger Traditionsunternehmen Neumann Kaffee Gruppe, kurz NKG, ist nach der eigenen Selbstbeschreibung der Weltmarktführer im Rohkaffee-Handel.[14]
Die Neumann Kaffee Gruppe, im Weiteren kurz NKG oder Neumann, ist **in 26 Ländern der Welt vertreten und besteht aus über 50 Unternehmen**.
Für Neumann arbeiten über 2.000 Menschen weltweit. Über 5.000 Unternehmen kaufen ihre Kaffeebohnen vom Hamburger Weltmarktführer im Sektor Rohkaffee. Zu den Kunden gehören u.a. Dallmayr, Tchibo, Starbucks, aber auch kleine Kaffeeunternehmen wie Torrefaktum in Hamburg.[15]
Der Marktanteil entspricht aktuell **9% des Weltmarktes**, sodass heute fast **jede 10. Tasse Kaffee aus dem Hause Neumann** kommt.
„Das Unternehmen mit 230 Mitarbeitern in Hamburg und weltweit 2500 Beschäftigten kontrolliert aber nicht nur große Anbauflächen, sondern fast die gesamte Wertschöpfungskette." (Hamburger Abendblatt 2008)

Den **Weltmarktkonzern begründete Hanns R. Neumann im Jahre 1934**. Einer der wichtigsten Anfangsschritte war der Bau des ersten Rohkaffee-Silos der Welt im Hamburger Hafen.
Im Jahr **1989** restrukturierten die Nachfolger das Familienunternehmen und integrierten in das Firmenimperium unter anderem Hamburger Firmen wie die Bernhard Rothfos AG.
Im Jahre **2004** übernahm David M. Neumann[16] die Leitung des Unternehmens, welches sich in stetigem Familienbesitz befindet.
Die Neumann Gruppe erzielt einen **Umsatz von 2,4 Mrd. Euro** und zahlt darauf Steuern von 10 Mio. Euro.
Der verbleibende Gewinn belief sich im Jahre 2018 auf 17 Mio. Euro. [17]
Eine wohltätige Stiftung [18] im Namen des Firmengründers unterstützt die nachhaltige Entwicklung der globalen Kaffeeindustrie und kooperiert z.B. mit der Bill Gates Stiftung.

BILD: Der Firmensitz der Neumann Kaffee Gruppe in Hamburg
QUELLE: Asio otus / Wikimedia Commons, 2018, CC BY-SA 3.0

[14] Homepage von Neumann: https://www.nkg.net (abgerufen 16.11.2020).
[15] Nachhaltigkeitsbericht von Neumann und persönliche Gespräche.
[16] Bloomberg über David M. Neumann: https://www.bloomberg.com/profile/person/17622968.
[17] Northdata über Neumann GmbH: https://www.northdata.de/Neumann+Gruppe+GmbH,+Hamburg/HRB+66888.
[18] Webseite der Hanns R. Neumann Stiftung: https://www.hrnstiftung.org/.

02 Die **Kernelemente** des geforderten **Lieferkettengesetzes** und der Fall Neumann in Uganda **– was hätte anders laufen müssen?**

BILD: Die Kaweri Kaffeeplantage in Uganda, QUELLE: FIAN.

Was hätte die Neumann-Gruppe im Vorfeld der Unterzeichnung des Pachtvertrages und nach Bekanntwerden der Vertreibungsvorgänge tun müssen, wenn damals bereits ein starkes Lieferkettengesetz in Kraft gewesen wäre? Ein starkes Lieferkettengesetz wäre für uns so gestaltet, wie es im Rechtsgutachten der Initiative Lieferkettengesetz entwickelt wurde.[19]

Risikoanalyse

Bereits im Vorfeld der Pachtverhandlungen hätte das Unternehmen interne Standards für Menschenrechte und Umweltschutz entwickelt. Einen solchen Verhaltenskodex gibt es zwar bei Neumann, aber die Anforderungen für Risikoanalysen und effektive Maßnahmenkataloge fehlen.[20]
Das **Lieferkettengesetz fordert** nach den Vorstellungen der Initiative Lieferkettengesetz eine **verbindliche Risikoanalyse**.

Vor den Verhandlungen über die Pacht der Grundstücke, hätte Neumann die menschenrechtlichen und ökologischen Risiken analysieren müssen.
Viele Datenbanken stellen für Branchen und Länder diese Risiken zusammen. Das Angebot der Bundesregierung findet man bei der Agentur für Wirtschaft & Entwicklung.[21]
Im Fall Uganda wäre es u.a. die Missachtung von Landrechten, unverhältnismäßige Polizeigewalt und schwacher Rechtsschutz von Geschädigten gewesen.

[19] Initiative Lieferkettengesetz (Februar 2020): Rechtsgutachten zur Ausgestaltung eines Lieferkettengesetzes, Rechtsunterstützung durch Robert Grabosch/Schweizer Legal. Abrufbar unter: https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2020/02/200527_lk_rechtsgutachten_webversion_ds.pdf.
[20] Neumann: Code of Conduct: https://www.nkg.net/responsibility/.
[21] https://wirtschaft-entwicklung.de/wirtschaft-menschenrechte/csr-risiko-check (abgerufen am 17.11.2020).

CSR Risiko-Check

ERGEBNIS
Kaffee und Kaffeemittel - Uganda
35 Risiken wurden identifiziert.

01 FAIRE GESCHÄFTSPRAKTIKEN (4 RISIKEN)
- KORRUPTION (2 RISIKEN)
- MARKT- UND WETTBEWERBSVERZERRUNG (2 RISIKEN)

02 MENSCHENRECHTE & ETHIK (8 RISIKEN)
- EINFLUSS DER REGIERUNG (5 RISIKEN)
- LANDNUTZUNG & EIGENTUMSRECHTE (2 RISIKEN)
- TIERSCHUTZ (1 RISIKO)

03 ARBEITSRECHTE (14 RISIKEN)
- VEREINIGUNGSFREIHEIT & VERSAMMLUNGSFREIHEIT (3 RISIKEN)
- ZWANGSARBEIT & MENSCHENHANDEL (2 RISIKEN)
- KINDERARBEIT (3 RISIKEN)
- DISKRIMINIERUNG (3 RISIKEN)
- LOHN & VERGÜTUNG (1 RISIKO)
- ARBEITSSCHUTZ & ARBEITSSICHERHEIT (2 RISIKEN)

04 UMWELT (9 RISIKEN)
- KLIMA & ENERGIE (3 RISIKEN)
- BIODIVERSITÄT & ENTWALDUNG (3 RISIKEN)
- WASSERVERBRAUCH & WASSERVERFÜGBARKEIT (2 RISIKEN)
- BODEN- & (GRUND-)WASSERVERSCHMUTZUNG (1 RISIKO)

QUELLE: eigenes Layout, Inhalte von https://www.mvorisicochecker.nl/de/csr-risiko-check?product=834&product_name=Kaffee+und+Kaffeemittel&land=435&land_name=Uganda&data_protect=1 (21.3.2022).

Im Kiryandongo-Distrikt in Uganda wurden bereits mehr als 30.000 Einwohner von multinationalen Unternehmen aus dem Agrarsektor von ihrem Land vertrieben. Diesen Bewohnern wurde weder eine Entschädigung für ihr Land noch ein anderer Ort zum Leben angeboten.
Produkt: Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze und Waren daraus - Uganda

QUELLE(N): Business & Human Rights Resource Centre, Uganda: Over 30,000 locals allegedly evicted for agribusiness urge govt to facilitate compensation, 2022.

Land- und Eigentumsrechte sind in Uganda unzureichend geregelt. Dies führt zu unsicheren Besitzverhältnissen, die eine Quelle für Konflikte im Land sind.
Dies hat zum Beispiel zu massiven Vertreibungen von Pächtern von registriertem Land und zu Landraub durch multinationale Agrarunternehmen geführt.
Außerdem beeinflusst die Unklarheit über Landrechte die Ernährungssicherheit der ugandischen Bevölkerung. Besonders im Norden Ugandas ist dies ein Problem.
Land: Uganda

QUELLE(N): GRAIN, Land grabs at gunpoint: Thousands of families are being violently evicted from their farms to make way for foreign-owned plantations in Kiryandongo, Uganda, 2020.
LANDac, Food security and land governance factsheet Uganda, 2016.

EMPFEHLUNG
Wenn Sie in einem Land geschäftlichen Tätigkeiten nachgehen, die den Kauf oder die Pacht von Land erfordern, gehen Sie das Risiko ein, an Landnahme beteiligt zu sein. Die Landnahme ist vor allem in Ländern mit schwacher Regierungsführung üblich (gekennzeichnet durch problematische Gesetze und Vorschriften, ein schlecht funktionierendes Rechtssystem, eine schlechte öffentliche Informationsversorgung usw.). Darüber hinaus spielen auch Eigeninteressen der dominanten Bevölkerungsschicht, Selbstbereicherung und Desinteresse an struktureller Armutsbekämpfung eine Rolle.
Sie können die Landnahme verhindern, indem Sie lokale Interessengruppen identifizieren, konsultieren und für eventuelle Verluste entschädigen. Sie können die von Land Rights Now formulierten Schritte (Seite 45) befolgen, um Landnahme zu vermeiden. Die Interlaken Group und die Rights and Resources Initiative haben einen Leitfaden für Unternehmen veröffentlicht, um ihre Aktivitäten an den Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure auszurichten.

QUELLE(N): Land Rights Now, International Land Coalition, Oxfam, Rights and Resources Initiative, Common Ground. Securing land rights and safeguarding the earth, 2016
Interlaken Group & Rights and Resources Initiative (RRI), Respecting land and forest rights: A guide for companies, 2019
FAO, Free prior and informed consent: An indigenous peoples' right and a good practice for local communities, 2016

Maßnahmen zur Risikominimierung

Das geforderte Lieferkettengesetz sieht vor, dass Unternehmen für ihre globalen Lieferketten wirksame Maßnahmen ergreifen müssen, um die in der Risikoanalyse identifizierten Risiken zu minimieren.[23]
Die Reichweite der umzusetzenden Maßnahmen richtet sich nach den unternehmerischen Möglichkeiten und der Gefährdung von Menschen.
Im Falle der Kaffeeplantage hätte Neumann die lokale Bevölkerung umfassend konsultieren müssen, um sich über ihre Perspektive zu bestehenden Landrechten zu informieren und um sicherzugehen, ob die aktuellen Landbesitzer*innen mit einer Umsiedlung und den vorgeschlagenen Entschädigungen einverstanden sind.
Neumann- Mitarbeiter*innen waren im Jahre 2001 vor Ort und wussten, dass Menschen auf dem Gelände, dass sie pachten wollten, lebten.[24]
Trotz der Gefahren von gewaltsamer Landvertreibung und schwacher Rechtsstaatlichkeit hat sich Neumann auf die Aussagen und staatliche Belege im Hinblick auf Landrechte und Entschädigungsvereinbarungen verlassen.
Heute sind die Risiken klar erkennbar.

Schwache Rechtsstaatlichkeit und ungesicherte Landrechte führen in Uganda bei Landpacht zum Risiko für Menschenrechtsverletzungen.[25]
Vor diesem Hintergrund würden nach unserer Auffassung, die damals vorhandenen Unterlagen nicht ausreichen, um heute eine kooperative und gewaltfreie Umsiedlung der Einwohner*innen sicherzustellen.
Neumann hätte herausfinden können, dass die tatsächlich gezahlten Entschädigungssummen an einzelne Bewohner:innen (umgerechnet 30 Euro pro Person) nicht im Mindesten dem eigentlichen Wert der Grundstücke entsprachen, die die lokale Bevölkerung verlassen musste.[26]

BILD: Versammlung der Vertriebenen in Uganda im April2017. QUELLE: FIAN.

Transparenz und Kontrolle

Durch ein **Lieferkettengesetz wäre Neumann dazu verpflichtet** worden, ihre Risikoanalyse für Investitionen in Uganda sowie Maßnahmen zur Reduzierung der **Risiken** im Rahmen eines Sorgfaltsplans z**u dokumentieren und zu veröffentlichen**.[27]
In einer jährlichen Aktualisierung hätte auch dokumentiert werden müssen, welche Maßnahmen zur Abhilfe von Schäden und zur Wiedergutmachung getroffen wurden.
Auch unabhängige, externe Kontrollen (Audits) hätten sichergestellt, dass Neumann präventive Maßnahmen im Vorfeld der Unterzeichnung des Pachtvertrags ergreift oder zumindest im Nachhinein für eine zügige Wiedergutmachung oder Entschädigung sorgt.

Laut den Vorstellungen der Initiative Lieferkettengesetz wäre zudem eine Behörde damit beauftragt worden, die entsprechenden Unterlagen zu überprüfen und **bei Verstößen gegen die Auflagen Bußgelder** und Auflagen zu verhängen.
Die zuständige Behörde hätte demnach Neumann auf die Fehler in ihrer unternehmerischen Sorgfalt für Menschenrechte hingewiesen und Maßnahmen zur Wiedergutmachung und Entschädigung der Vertriebenen eingefordert.

Beschwerdemechanismen mit Sorgfalt

Ein Lieferkettengesetz hätte Neumann dazu verpflichtet, eine **betriebliche Kontaktstelle für Menschenrechtsopfer** einzurichten. Das Handeln von Neumann zeigt, dass ohne klare Kontaktstellen Beschwerden und Kommunikation langwierig sind.
Im Mai 2004 kommt es zu einem Gespräch zwischen Vertreter:innen der Neumann Kaffee Gruppe und den Vertriebenen, dass sich die NKG „bei der ugandischen Regierung dafür einsetzen [wird], dass diese das seinerzeitige Entschädigungsverfahren untersucht.“[28]

---

[23] Empfehlungen werden zur Risikoanalyse gleichzeitig erstellt https://www.mvorisicochecker.nl/de/csr-risiko-check?product=834&product_name=Kaffee+und+Kaffeemittel&land=435&land_name=Uganda&data_protect=1 (abgerufen am 17.11.2020).
[24] Interview mit Kaweri-Mitarbeiter in: Michael Enger (2020): Bitterer Kaffee – Bauern kämpfen um ihr Land“.
[25] Die Bundesregierung gibt in ihrem CSR-Checker zu „Uganda“ und „Pacht“ genau diese Risiken aus. Vgl. https://www.mvorisicochecker.nl/de/csr-risiko-check (Abgerufen am 21.3.2022). Vgl. ua. GRAIN (2020): Land grabs at gunpoint: Thousands of families are being violently evicted from their farms to make way for foreign-owned plantations in Kiryandongo, https://grain.org/en/article/6518-land-grabs-at-gunpoint-thousands-of-families-are-being-violently-evicted-from-their-farms-to-make-way-for-foreign-owned-plantations-in-kiryandongo-uganda.
[26] Michael Enger (2020): ders.
[27] https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2020/02/200527_lk_rechtsgutachten_webversion_ds.pdf.
[28] Neumann Kaffee Gruppe (2019): Chronologie der Ereignisse um die Kaweri Coffee Plantation – 2000 bis 2019, S. 5.

BILD: Peter Baleke Kayiira, Sprecher der Vertriebenen, und Gertrud Falk, FIAN Vertreterin, nach einem Treffen mit dem Auswärtigen Amt im März 2017. QUELLE: FIAN.

Heute hat Neumann in seinem unternehmerischen Verhaltenskodex festgeschriebenen, dass klare Ansprechpersonen und Beschwerdemechanismen aufgebaut sind.[29]
Bei der Suche nach der Kontaktstelle für Menschenrechtsverletzungen fanden wir dies nicht unter „Corporate Social Responsibility" oder „Kontakten".
Der **Hamburger Kupferhersteller Aurubis** hat dagegen eine **Whistleblower-Hotline**.[30]
Es gibt eine Compliance- und Unternehmensethik-Abteilung bei Neumann, die vermutlich Menschenrechtsbeschwerden bearbeitet, aber ihre Transparenz auf der Online-Präsenz erscheint uns mangelhaft.

Haftungs- und Klagemechanismus

"One of the reasons I'm standing here is that we're coming to a point in the world where in many ways politics is failing us. We want to be a little bit more present on topics that are dear to us,"

„Einer der Gründe, warum ich hier stehe, ist, dass wir global an einen Punkt kommen, an dem die Politik in vielerlei Hinsicht versagt. Wir wollen bei Themen, die uns am Herzen liegen, etwas mehr Präsenz zeigen."

Neumann explained – englisches Presseinterview, eigene Übersetzung.

"I think entrepreneurs have to stand for something. We have to take over what our elected officials obviously don't want or can't do. One can like it or not, but in certain areas today, we've got to stand up and be counted."

„Ich denke, Unternehmer müssen für etwas stehen. Wir müssen das übernehmen, was unsere gewählten Vertreter offensichtlich nicht wollen oder nicht können. Man kann es mögen oder nicht, aber in bestimmten Bereichen müssen wir heute aufstehen und Farbe bekennen."

David Neumann, 2019, im SIRTA Interview, eigene Übersetzung.[31]

Ein **starkes Lieferkettengesetz würde** zusätzlich einen klaren und **wirkungsvollen Rechtsweg über deutsche Gerichte ermöglichen**, wenn Unternehmen wie Neumann vorgeworfen wird, ihn ihren globalen Lieferketten der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nicht nachgekommen zu sein.
Dies wäre, angesichts der Mängel im ugandischen Rechtssystem, im Fall der Kaweri-Plantage von hoher Bedeutung gewesen.
Das Klageverfahren der Vertriebenen in Uganda ist bis heute nicht abgeschlossen – zahlreiche Missstände im Verfahren und Verzögerungen wurden dokumentiert.
Selbst die Darstellung des Gerichtsprozesses auf der Webseite der Neumann Kaffee Gruppe zum Vertreibungsfall zeigt die Fehler im Gerichtswesen in Uganda.
Anstatt jahrzehntelanger Rechtsunsicherheit und Armut ohne Aussicht auf Entschädigung hätte ein bundesdeutsches Gericht vermutlich in drei bis fünf Jahren ein rechtskräftiges Urteil gefunden.

BILD: Klageführer:innen der über 400 vertriebenen Familien im Juli 2019. QUELLE: FIAN.

Mit einem starken Lieferkettengesetz hätte es Prozesskostenhilfen für die Opfer der Vertriebenen gegeben. Aktive Menschenrechtsakteure wie FIAN hätten in Namen der Opfer ein zusätzliches Klagerecht bekommen.
Ein Gericht hätte die Schwere des Verschuldens festgestellt und zwischen grober oder leichter Fahrlässigkeit unterschieden.
Je nach Schwere der mangelhaften Sorgfalt im unternehmerischen Tun für Menschenrechte und Umwelt hätte Neumann Schadensersatz leisten müssen.
Beim Urteil hätte ein deutsches Gericht berücksichtigen müssen, welche Einflussmöglichkeiten und Handlungsoptionen Neumann im konkreten Fall hatte und inwiefern es für die entstandenen Schäden haften muss.
Im Idealfall wäre es natürlich gar nicht bis zu einem

[29] Abrufbar unter: https://www.nkg.de/verantwortung/.
[30] Hier die Kontaktseite von Aurubis für Whistleblower:innen: https://www.aurubis.com/verantwortung/whistleblower-hotline (abgerufen am 21.8.2022).
[31] https://stir-tea-coffee.com/tea-coffee-news/q-a-david-neumann-of-the-neumann-kaffee-gruppe/.

Gerichtsverfahren gekommen, da Neumann vermutlich in Anbetracht der Verpflichtungen eines Lieferkettengesetzes von vornerein seinen Sorgfaltspflichten besser nachgekommen wäre.
Wenn Firmen wie die Neumann Kaffee-Gruppe die internationalen Gewinne und den Investitionsschutz in Uganda erhalten, müssen sie auch die damit verbundene Verantwortung für globale Menschenrechts- und Umweltrechtsansprüche übernehmen.

03 Ein Zwischenfazit: **Neumann ist kein Einzelfall** und ein starkes Lieferkettengesetz ist notwendig

Der Fall der Vertreibung für die Kaweri-Kaffeeplantage in Uganda ist kein Einzelfall im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden in den globalen Lieferketten deutscher Unternehmen.
Die bundesweite Initiative Lieferkettengesetz hat einige **weitere Fälle ausgewählt, um die Notwendigkeit eines starken Lieferkettengesetzes aufzuzeigen: BASF, Edeka, Bayer, Kik und Volkswagen**.
Diese Fälle zeigen: **Freiwillige Initiativen für Unternehmensverantwortung sind gescheitert.**
Nachdem dies auch durch ein Monitoring-Verfahren der Bundesregierung zum Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte sowie durch eine Befragung des Auswärtigen Amtes deutlich geworden ist, müssen nun die Konsequenzen gezogen werden:
WIR BRAUCHEN EIN STARKES LIEFERKETTENGESETZ.

BILD: Der Start der Initiative Lieferkettengesetz. QUELLE: Initiative Lieferkettengesetz.

Es verwundert aber, warum sich Unternehmensverbände wehren. Heute ist jedes zweite Unternehmen in der Bunderepublik für das Lieferkettengesetz.[32]
Nur noch 15 Prozent sind dagegen.
Die Argumente der Arbeitgeberverbände wie BDI oder BDA gegen ein Lieferkettengesetz sind nicht überzeugend und können leicht entkräftet werden.
Es ist für Unternehmen betriebswirtschaftlich machbar, Sorgfaltspflichten für Menschenrechte und Umwelt in ihren globalen Lieferketten nachzukommen, wie zum Beispiel die Unternehmenspraxis von Pionier-Unternehmen wie Tchibo oder Vaude zeigt.
Ein wissenschaftlicher Debattenbeitrag von über 70 Wirtschaftswissenschaftler*innen zeigt dies im Januar 2021 nochmals deutlich.[33]
Auch die geforderte Haftung ist für verantwortungsvolle Unternehmen keine Gefahr, denn sie müssten nur dann haften, wenn sie selbst ihre Sorgfaltspflichten verletzen und zumutbare Maßnahmen zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung unterlassen.
Auch **die politische Durchsetzbarkeit ist gegeben: 75% der Bundesdeutschen will ein starkes Lieferkettengesetz.**[34]

[32] Handelsblatt (2022): Lieferkettengesetz: Entwurf der EU-Kommission sieht strengere Regeln als in Deutschland vor, Artikel vom 22.2.2022. Abrufbar unter: https://www.handelsblatt.com/politik/international/menschenrechte-lieferkettengesetz-entwurf-der-eu-kommission-sieht-strengere-regeln-als-in-deutschland-vor/28091976.html.
[33] Herr, Hansjörg et al. (2021): Aufruf von Ökonom*innen zur Einführung eines Lieferkettengesetzes in Deutschland, 13. Januar 2021: Berlin. Abrufbar unter: https://lieferkettengesetz.de/oekonominnen-statement/.
[34] Initiative Lieferkettengesetz (2020): Repräsentative Umfrage: Drei Viertel der Bevölkerung für ein Lieferkettengesetz, Pressemitteilung vom 15.9.2020. Abrufbar unter: https://lieferkettengesetz.de/pressemitteilung/umfrage-drei-viertel-der-bevolkerung-fur-lieferkettengesetz/.

MENSCHENRECHTE SIND MACHBAR – ein globales Lieferkettengesetz kann Fälle wie die Vertreibung für Neumanns Kaffeeplantage in Uganda verhindern oder zumindest im Nachhinein für ein angemessenes und zeitnahes Entschädigungsverfahren sorgen.
Auf was warten wir noch? Die bundesdeutsche Lieferketten- und Sorgfaltspflichtengesetz ist ein Start für verbindlichen Unternehmenspflichten. Am Ziel starker Menschenrechtspflichten sind wir noch nicht. Wir würden alle durch einen gesetzlichen Rahmen Fairness und nachhaltige Gerechtigkeit gewinnen. Statt „moral distancing" braucht wir ein starkes Lieferkettengesetz.

04 Wie das europäische Lieferkettengesetz **die Menschenrechtslage verbessert?**

Im Gegensatz zur Verbreitung im Jahre 2001 gibt es **heute ein bundesdeutsches Lieferketten- und Sorgfaltspflichtengesetz**. Im März 2022 hat die Europäische Kommission einen Gesetzentwurf für ein europaweite Unternehmenspflicht für Menschen- und Umweltrechte vorgestellt.

In der TABELLE haben wir die beiden Gesetze nach ihrem aktuellen Stand verglichen.
Wir haben es zum damaligen Fall in Bezug gesetzt und wir haben unsere Vorstellung eines effektiven Menschenrechtsschutzes, dass bis auf die strafrechtliche Haftung mit der Initiative Lieferkettengesetz übereinstimmt.
Der Umfang der vier Rechtsrahmen unterscheidet sich stark. Im Jahre 2001 waren alles freiwillig und Umweltschutz war kaum ein Thema.
Das bundesdeutsche Lieferkettengesetz ist mangelhaft, weil es nur Großunternehmen mit einer geringen Tiefe ihrer Lieferkette betrifft.
Der europäische Gesetzentwurf will zumindest ein Prozent der Unternehmen verbindliche Auflagen, wo auch zahlreiche Umweltstandards, eine Rolle spielen.
Für uns muss die gesamte Lieferkette für alle relevanten Menschenrechte und Umweltthemen verbindlich sein.
Warum sollen Klimaschutz oder existenzsichernde Löhne nicht für alle verbindlich sein? Jeder Mensch hat das Recht auf einen fairen Lohn.
Die Ausgestaltung der Sorgfaltspflichten schafft Kontrollstrukturen und verbindliches Management von Umwelt- und Menschenrechten, was in weiten Zügen dem heutigen Ansatz von unternehmerischen Sorgfaltssystemen entspricht.
Der große Nachteil ist die geringe Reichweite.
Goliathwatch vermutet, dass der Druck von verantwortungsbewussten Großunternehmen weit in die Lieferketten ausstrahlen kann.

Das Hauptproblem liegt in der Haftungsfrage. Erst die EU versucht, die Opfer zu entschädigen. Das bundesdeutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz hat sogar Haftung ausgeschlossen.
Die EU gibt dem Druck rückwärtsgewandter Industrieverbände nach und schwächt die Haftungsfragen immer stärker ab.
Wir brauchen aber eine klare zivilrechtliche Haftung.
Im Schadensfall durch Umweltschäden oder Menschenrechtsverletzungen müssen Unternehmen nachweisen, dass sie ihre Möglichkeiten angemessen ausgeschöpft haben.
Wir von Goliathwatch fordern aber zusätzlich eine strafrechtliche Haftung.
Manager:innen müssen auch Gefängnisstrafen fürchten, weil Geldstrafen bei vielen Unternehmen keine Verhaltensveränderung bewirken. Menschenrechte und Schutz der Natur dürfen nicht mit Profitmöglichkeiten verrechnet werden.

Allgemeine Fragen der Bewertung der unterschiedlichen Rechtssituationen zeigt, dass nur, der von der Initiative Lieferkettengesetz vorgeschlagene Rechtsrahmen, einen starken und wirkungsvollen Rechtsschutz für unternehmerischen Menschenrechtsschutz schaffen kann.
Der Entwurf der EU wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, während das bundesdeutsche Gesetz nicht das Ziel, sondern nur einen Ausgangspunkt für unternehmerische Sorgfalt gelegt hat. **Erst mit dem jetzigen Entwurf der EU würden die Opfer in Uganda zu einem Leben zurückkehren können, wie es vor der Vertreibung war.**
Hoffen wir, dass zumindest der europäische Entwurf eines stärkeren Lieferkettengesetzes verabschiedet wird.
Mit dem bundesdeutschen Lieferkettengesetz wäre vermutlich der Fall nicht passiert, aber ein effektiver Rechtsweg zu Entschädigung besteht noch nicht.
WIR SIND AM START & GEMEINSAM WERDEN WIR MEHR WIRTSCHAFTSGERECHTIGKEIT FÜR ALLE MENSCHEN ERREICHEN.
Viele Unternehmen folgen den Vereinten Nationen und der Zivilgesellschaft. Menschenrechte und Schutz der Natur können durch einen starken Rechtsrahmen auch in globalen Lieferketten Realität werden.
Wir müssen nicht nochmals 20 Jahre warten, wenn wir gemeinsam unsere Stimmen in Brüssel, Berlin oder Hamburg erheben.

TABELLE: Vergleich unterschiedlicher Gesetzeslagen zum Lösungsvorschlag der Initiative Lieferkettengesetz.

Rechtsrahmen	Keine Sorgfaltspflicht, Zeitpunkt des Falles	Deutsches Lieferketten- und Sorgfaltspflichten-gesetz 2021	Entwurf Lieferkettengesetz der EU, März 2022	Unsere Lösung: Starkes Lieferkettengesetz
Umfang	ungenügend	mangelhaft	nicht befriedigend	hervorragend
Größe der Unternehmen	freiwillig	Wenige (1.000 MA)	etwas mehr (250-500 MA)	verbindlich
Reichweite in der Lieferkette	freiwillig	oft nur direkte Zuliefer:innen	fast gesamte Kette	gesamte Kette
Menschenrechte	nur wenige	viele	viele	alle relevanten
Umweltschutz	nein	manche	viele, z.B. Klima fehlt	alle relevanten
Sorgfalt im Unternehmen	freiwillig und ungenügend	Für sehr wenige verbindlich, mangelhaft	Für wenige verbindlich, mangelhaft	verbindlich geregelt und effektiv
Risikoanalyse	freiwillig	verbindlich	verbindlich	verbindlich
Maßnahmenplan	freiwillig	verbindlich	verbindlich	verbindlich
Beschwerdestelle	ungenügend, BMWi	verbindlich	verbindlich	NKG und Ablaufplan
Kontrolle	nein	Ja	Ja	Ja
Ordnungsgeld, Strafen, ..	nein	Ja	Ja	Ja
Rechtsweg	ungenügend	ungenügend	lückenhaft	effektiv und gut
Haftung	ungenügend	Ungenügend, wie vorher	zivilrechtliche Haftung	zivilrechtliche Haftung [+Strafrecht]
Dauer der Klage	13 Jahre (1. Instanz) plus x	13 Jahre plus	3-4 Jahre	3-4 Jahre
Rechtssystem	Uganda	Uganda	EU	Deutschland und Uganda
Beweislast	bei Opfern	bei Opfern	bei Opfern	bei Verursacher:in
Entschädigung	ungenügend	ungenügend	mangelhaft	Wiedergutmach-ung der Schäden
Allgemein	Gewinne ohne Gewissen	Nicht am Ziel, aber endlich am Start	Wäre ein wichtiger Schritt vorwärts	Rechtlicher Rahm-en für Natur und Menschenrechte
Menschenrechte im Markt	Nachteil im Wettbewerb	Weniger Nachteil im Wettbewerb	Vorteil im Wettbewerb	Vorteil im Wettbewerb
Schutz der Menschenrechte	NEIN	mangelhaft	ungenügend	JA, super

QUELLE: eigene Darstellung

Literaturverzeichnis

CorA/Forum Umwelt und Menschenrechte/FIAN (2014): Neumann Kaffee Gruppe, S. 3; FIAN (2019): Human Rights violations in the context of Kaweri Coffee Plantation/Neumann Kaffee Gruppe in Mubende/Uganda, S. 6.

Enger, Michael (2019): Bitterer Kaffee: Uganda – Bauern kämpfen um ihr Land, 43 min (Dokumentarfilm), Abrufbar auf: https://www.fian.de/was-wir-machen/fallarbeit/kaweri-uganda/

FIAN (2013): Coffee to Go — Die Vertreibung zugunsten der Kaweri Coffee Plantation in Mubende/Uganda und ihre Folgen, https://www.FIAN.de/wp-content/uploads/2021/06/2013_Mubende-Dossier_druck_final-1.pdf.

FIAN (2019): Human Rights violations in the context of Kaweri Coffee Plantation/Neumann Kaffee Gruppe in Mubende/Uganda, https://www.fian.org/files/files/HR_violations_in_the_context_of_Kaweri_Coffee_Plantation_in_Mubende.pdf.

Hamburger Abendblatt (2008, 10. Mai): Neumann Kaffee - Weltweit jede siebte Tasse kommt aus Hamburg. https://www.abendblatt.de/wirtschaft/article107404056/Neumann-Kaffee-Weltweit-jede-siebte-Tasse-kommt-aus-Hamburg.html (abgerufen 9. Nov 2020).

Herr, Hansjörg et al. (2021): Aufruf von Ökonom*innen zur Einführung eines Lieferkettengesetzes in Deutschland, 13. Januar 2021: Berlin. Abrufbar unter: https://lieferkettengesetz.de/oekonominnen-statement/.

Heydenreich, Cornelia et al. (2014): Globales Wirtschaften und Menschenrechte. Deutschland auf dem Prüfstand. Bericht 2014. Misereor/Germanwatch, Aachen/Berlin.

Heydenreich, Cornelia/Paasch, Armin (2017): Globales Energiewirtschaft und Menschenrechte. Deutsche Unternehmen und Politik auf dem Prüfstand. Bericht 2017. Misereor/Germanwatch, Aachen/Berlin.

Initiative Lieferkettengesetz (Februar 2020): Rechtsgutachten zur Ausgestaltung eines Lieferkettengesetzes, Rechtsunterstützung durch Robert Grabosch/Schweizer Legal. Abrufbar unter: https://lieferkettengesetz.de/wp-content/uploads/2020/02/200527_lk_rechtsgutachten_webversion_ds.pdf.

Neumann Kaffee Gruppe (2019): Chronologie der Ereignisse um die Kaweri Coffee Plantation – 2000 bis 2019.

Neumann Kaffee Gruppe (2020): Code of Conduct. https://www.nkg.de/wp-content/uploads/2020/08/NKG-CoC-2020_DE-web.pdf (abgerufen 9. Nov 2020).

Neumann Kaffee Gruppe (2020): Code of Conduct: https://www.nkg.net/responsibility/.

Neumann Kaffee Gruppe (2020): Neumann Kaffee Gruppe. Kurzprofil – Daten und Fakten. https://www.nkg.de/wp-content/uploads/2020/09/ng_factsfigures_de_2020.pdf (abgerufen 9. Nov 2020).

Impressum

AUTOR*INNEN: DR. THOMAS DÜRMEIER
MIT UNTERSTÜTZUNG
VON JULIA SIEVERS

REDAKTIONSSCHLUSS: HAMBURG,
22. MÄRZ 2022

DRUCK: UMWELTDRUCKEREI HANNOVER

TITELBILD: PROTESTAKTION DER HAMBURGER INITIATIVE VOR DER FIRMENZENTRALE DER NEUMANN KAFFEE GRUPPE IN HAMBURG IM DEZEMBER 2020

LIZENZ: CREATIVE COMMONS CC BY-NC-ND: GESAMTES DOKUMENT UNVERÄNDERT UND MIT NAMENSNENNUNG FREI WEITERVERBREITBAR, OHNE GEWERBLICHE NUTZUNG, NAMENSNENNUNG VON GOLIATHWATCH, BILDRECHTE VGL. QUELLEN

WIR DANKEN UNSEREN FÖRDER:INNEN
GEFÖRDERT DURCH BINGO UND KED

Kirchlicher Entwicklungsdienst der Nordkirche

ANSCHRIFT: GOLIATHWATCH
NERNSTWEG 32-34
22765 HAMBURG

Über Goliathwatch

GOLIATHWATCH ist eine
NEUE NICHTREGIERUNGSORGANISATION,
die sich für eine Wirtschaft einsetzt, die sich in den Dienst aller Menschen und der Natur stellt.
Wir machen die Macht von Konzernen sichtbar und halten dieser demokratische Prinzipien entgegen.

Weitere Informationen unter: www.goliathwatch.de

@GOLIATHWATCH

WIR SIND AUCH AUF

Spendenformular

GOLIATH WATCH

ICH WILL DIE **ARBEIT VON GOLIATHWATCH** FÜR MENSCHENRECHTE & WIRTSCHAFTSGERECHTIGKEIT FÜR ALLE **MIT EINER SPENDE UNTERSTÜTZEN**

○ **20 EURO** ○ **50 EURO** ○ **100 EURO**
ODER ____ **EURO**

MEINE BANK _____

MEINE IBAN _____

○ **DEMOKRATIE STATT MACHT DER KONZERNE SIND MIR WICHTIG.**
ICH WILL AUCH **FÖRDERMITGLIED** BEI **GOLIATHWATCH** WERDEN.

GOLIATH WATCH

Für Demokratie statt Macht der Konzerne.